

23.01.2012 – 10:30 Uhr

SGB-Mindestlohn-Initiative eingereicht/ Weiterer Schritt im Kampf für sichere und anständige Löhne

Bern (ots) -

Jetzt kann das Schweizer Volk selber Massnahmen zur Förderung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sowie gegen Lohndumping und Tieflöhne beschliessen. Heute hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit seinen Verbänden und Partnerorganisationen die Volksinitiative "für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)" mit über 111'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Das gewerkschaftliche Volksbegehren verlangt eine Förderung von Gesamtarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. Damit schützt es die Löhne der Normalverdienenden, verhindert Lohndruck und stärkt das GAV-System. Gleichzeitig will es Tieflöhne bekämpfen und verlangt deshalb ergänzend für alle Männer und Frauen das Recht auf einen anständigen Lohn. Die Initiative verlangt als Untergrenze einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat (bei 42 Wochenstunden). So viel braucht es mindestens, um in der Schweiz finanziell einigermassen über die Runden zu kommen. Zurzeit haben in der Schweiz 400'000 Personen, grossmehrheitlich Frauen, einen tieferen Lohn. Die Mindestlohn-Initiative findet grossen Anklang: Eine repräsentative Befragung des Link-Instituts im letzten Jahr ergab, dass 85 Prozent die Einführung eines Mindestlohns befürworten. Grosse Zustimmung der Stimmberechtigten haben die Initiantinnen und Initianten auch während der Unterschriftensammlung erfahren. Es war sehr einfach, die benötigte Anzahl Unterschriften zu sammeln.

Kontakt:

Daniel Lampart, Chefökonom und Leiter SGB-Sekretariat
079 205 69 11

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100711689> abgerufen werden.